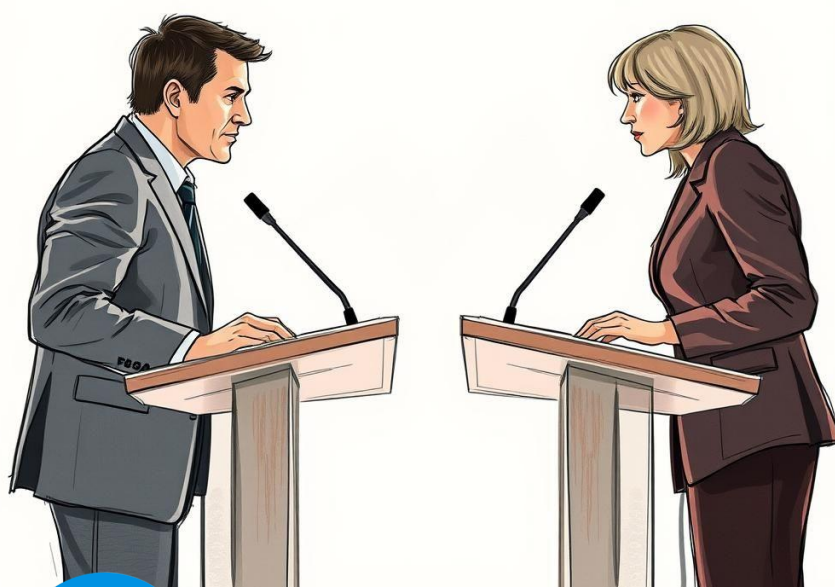


Integrative, demokratische Alternativen zur „Allianz gegen Rechtsextremismus“

Positionspapier
zu einer staatlich und kommunal unterstützten,
mittelfränkischen „Nichtregierungs-Organisation“ (NGO)



Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg

Ist vielleicht auch Ihre Gemeinde Mitglied in dieser „Allianz“? Wie effektiv ist dies und werden dabei demokratische Standards gewahrt? Welche Erfahrungen machen deren Besucher? Hat Mittelfranken ein besonderes Rechtsextremismus-Problem? Was stärkt die Demokratie wirklich? Nehmen wir das Beispiel dieser weit vernetzten „zivilgesellschaftlichen“ Organisation unter die Lupe, die bislang auch vom Bezirkstag jährlich mit 5.000 € Steuergeld gefördert wird!

Inhalt:

1. Analyse: Wie agiert die „Allianz“ als mittelfränkische „NGO“?	2
2. Offene Fragen.....	7
3. Alternativen.....	7
4. Fazit.....	8
5. Hintergrund-Infos	8

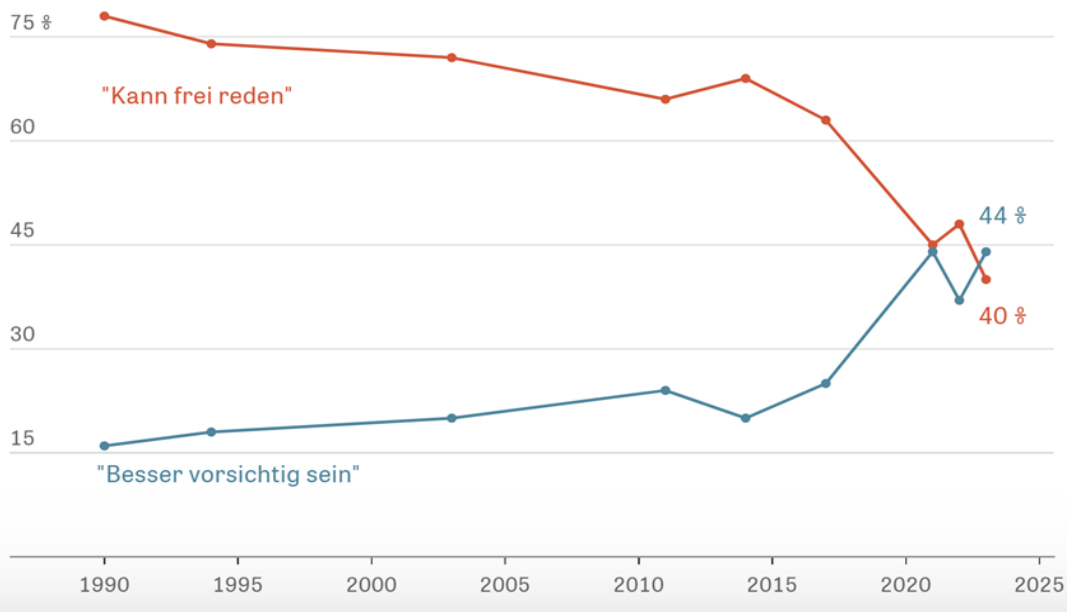
1. Analyse: Wie agiert die „Allianz“ als mittelfränkische „NGO“¹?

Ohne Meinungsfreiheit gibt es keine Demokratie. Unser Rechtsstaat setzt hierzu Grenzen, die von allen gleichermaßen respektiert werden müssen. Wer sich an dessen Stelle zum Schiedsrichter über den politischen Wettbewerb aufschwingt, gefährdet unsere Demokratie. Das laut Umfragen bereits gesunkene Vertrauen in die Meinungsfreiheit würde so weiter schwinden. Ist also heute statt „Querdenken“ angepaßte „Haltung“ wirklich demokratischer?

Öffentliche Institutionen haben in ihrem Eintreten für die freiheitlich-demokratische Grundordnung die besondere Pflicht, Pluralismus und freien politischen Wettbewerb, insbesondere die Chancengleichheit der Parteien zu ermöglichen und zu erhalten. Gleichzeitig müssen sie gegenüber extremistischen Angriffen wachsam und wehrhaft sein. Die Vernachlässigung einer der unterschiedlichen Bedrohungen wäre unverantwortlich.

Gefühlte Meinungsfreiheit im Zeitvergleich

"Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine politische Meinung frei sagen kann, oder ist es besser vorsichtig zu sein?"



Quelle: IfD-Umfrage

Grafik: www.zeit.de/politik/deutschland/2023-12/meinungsfreiheit-zensur-studie-freiheitsindex-deutschland-2023

Der letzte bayerische Verfassungsschutzbericht 2024 verzeichnet immer noch jeweils mehr Linksextremisten oder auslandsbezogene Extremisten und fast genauso viele Islamisten wie Rechtsextremisten. Warum wird dann die „Allianz gegen Rechtsextremismus in der Europäischen Metropolregion Nürnberg“ nicht gegen jeden Extremismus ausgerichtet, wie es der Kreistag Fürth einstimmig bei seinem Beitritt im Gründungsjahr 2009 forderte (s. Abbildung auf Seite 4)? Warum schlägt dieses erklärte Ziel seit über 16 Jahren fehl?

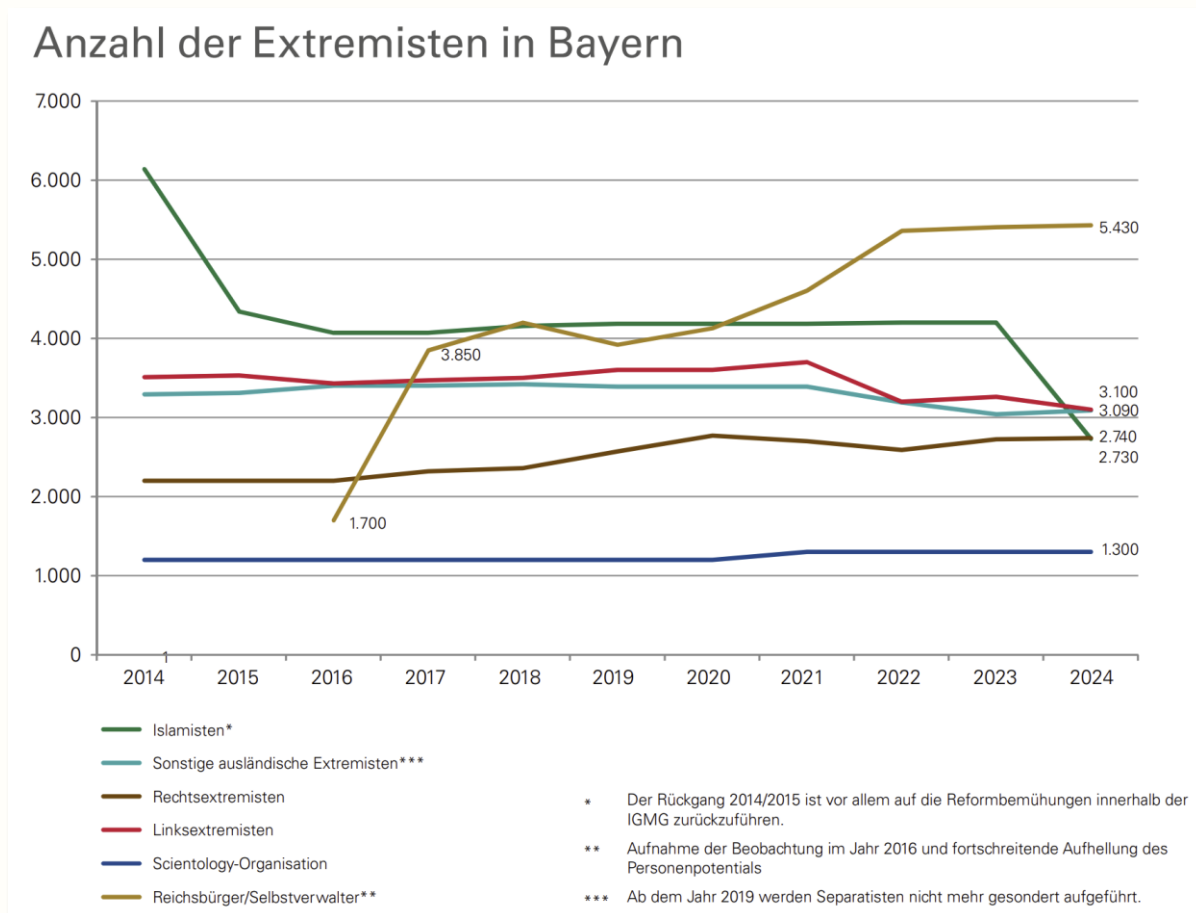
Warum mißlingt der „Allianz“ schon eine belegbare Reduzierung von Rechtsextremisten? Vielleicht liegt es an den nachfolgend skizzierten Eindrücken von ihrer politischen Arbeit:

¹ NGO = Non-Governmental Organisation (engl.)



Auf „Allianz“-Veranstaltungen wird bisweilen gleich im Vorhinein dem Publikum vom Podium herab gedroht, abweichende, angeblich „rechtspopulistische“ Meinungen „zu unterbinden“. Warum versucht man stattdessen nicht wenigstens, diese zu widerlegen? Das kann Demokraten nur irritieren! Denn das vorgebliche Engagement für Demokratie wird durch solche mangelnde Diskussionskultur diskreditiert und letztlich aufgegeben - was mit dem vermeintlich extremistischen Bade auch das demokratische Kind ausschüttet.

Auch das Aufklären von Verschwörungstheorien wird unglaublich, wenn man hinter der ganzen rechten Hälfte unserer politischen Kultur eine Verschwörung vermutet und wie die „Allianz“ den Kreis der Rechtsextremisten auf Kritiker teils rechtswidriger Corona- und Asyl-Maßnahmen ausdehnt. Wo bleiben dann freie Debatte und klare Begriffe?



Grafik des bay. VS-Berichts https://www.verfassungsschutz.bayern.de/mam/anlagen/vsb-2024_250408_pk.pdf

Der Verfassungsschutz und die Bundeszentrale für politische Bildung unterscheiden dagegen zwischen rechts, rechtspopulistisch, rechtsradikal und rechtsextrem. Nur letzteres ist verfassungsfeindlich. Bis heute wirbt die grüne Ex-Regierungspartei sogar mit dem Begriff „radikal“: <https://www.gruene-bundestag.de/publikationen/publikation/umweltpolitik/>.

Der Vorsitzende der „Allianz“ mußte bereits eine „Unterlassungserklärung“ unterschreiben, einen örtlichen AfD-Bundestagsabgeordneten nicht mehr wahrheitswidrig als „Holocaust-Leugner“ zu bezeichnen. Mit dem Begriff „menschenfeindlich“ entmenslicht er aber weiterhin den parteipolitischen Gegner AfD. Parteigliederungen der Linken sind andererseits willkommene Mitglieder dieser „NGO“.



Die „Allianz“ schreckt selbst nicht vor einem Hineinregieren in die neutrale kommunale Selbstverwaltung zurück: Kommunen wird der Beitritt verwehrt, wenn sie sich nicht von örtlichen Unternehmern und Bürgern distanzieren, die unerwünscht gesellschaftskritisch aktiv sind - wie z.B. im Falle des YouTube-Kanals „[Hallo Meinung](#)“ von Peter Weber aus Schwarzenbruck (s. hierzu <https://n-land.de/lokales/schwarzenbruck/kein-zutritt>).

Der autoritäre Ansatz der „Allianz“ wertet Randgruppen oft sogar unfreiwillig auf, ähnlich wie bei der Zunahme der „Reichsbürger“ nach sensationssüchtiger Medienberichterstattung und teils von politischer Profilierungssucht getriebenen, übergriffigen Corona-Maßnahmen. Fördert dies nicht sogar das gegenseitige Aufschaukeln von „Antifa“ und Rechtsextremisten, bis hin zu Gewalt gegen Plakate, Infostände und Andersdenkende?

TOP Ö 7: Beitritt zur Allianz gegen Rechtsextremismus (Antrag der CSU-Kreistagsfraktion vom 15.05.2009)

Sitzung: 06.07.2009 6 KA 2008/2014

Beschluss: Beschluss:

Abstimmung: Ja: 11, Nein: 0

1. Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einen Beitritt des Landkreises Fürth zur Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg.
Der Landkreis wendet sich in diesem Zusammenhang gegen jeglichen politischen, religiösen und verfassungsfeindlichen Extremismus in all seinen Facetten.
Der Landrat wird ermächtigt und beauftragt, mit der Allianz Gespräche zu führen, mit dem Ziel das Handlungsprogramm auch gegen alle anderen demokratiefeindlichen Bewegungen nutzbar zu machen.

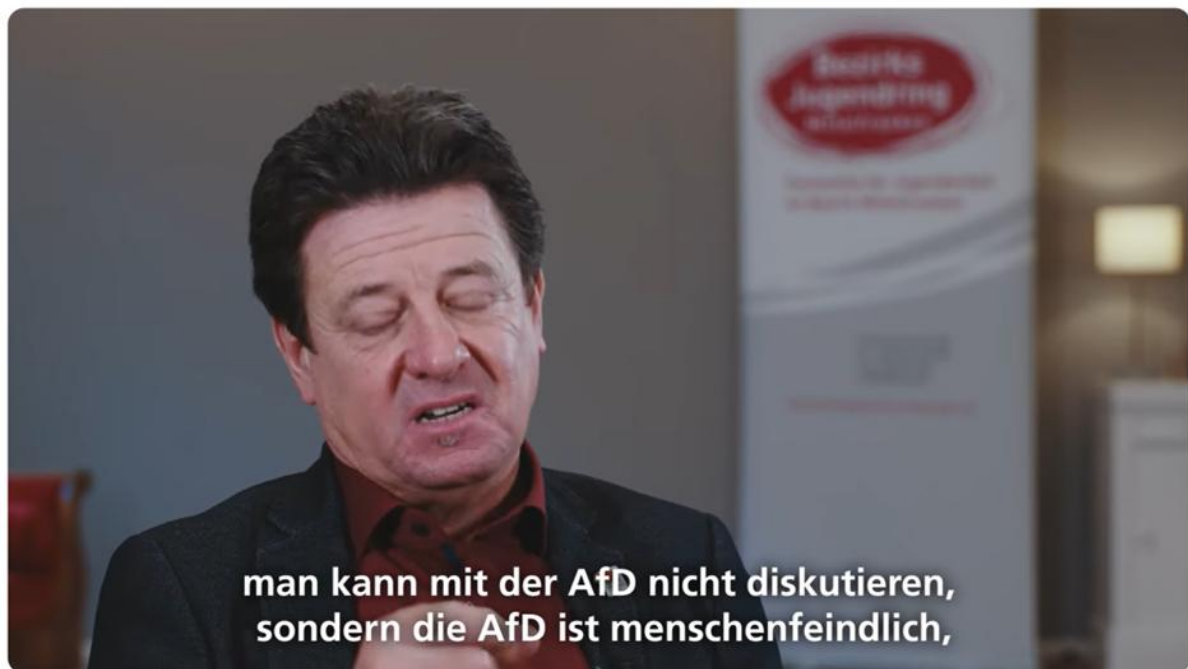
Protokollauszug Kreistag Fürth: https://buergerinfo-landkreis-fuerth.digitalfabrix.de/to0050.asp?_ktonr=2238

Für ihre Finanzierung versteckt sich die „Allianz“ hinter dem bürgerlich klingenden „Verein zur Förderung demokratischer Werte in der Metropolregion Nürnberg e.V.“ mit Sitz im „Menschenrechtsbüro“ der Stadt Nürnberg. 2019 wurde sie so über das Bundesprogramm „Demokratie leben“ mit fast 100.000 € gefördert. Die Anfrage der Unions-Bundestagsfraktion Anfang 2025 zur notwendigen parteipolitischen Neutralität gemeinnütziger steuerfinanzierter „NGOs“ war also durchaus berechtigt und wurde für Mittelfranken bereits in einem [Schreiben des AfD-Bezirksvorsitzenden zur Gemeinnützigkeit an das Finanzamt](#) vorweggenommen.

Nach liberaler Grundauffassung sind Politik und Weltanschauung sowie Staat und Gesellschaft zu trennen. Es herrschen Partizipationsfreiheit, Minderheitenschutz und das Recht auf Opposition. Alle diese demokratischen Prinzipien werden von Kommunen, dem Bezirk Mittelfranken sowie dem von Ihnen getragenen Verein „Europäische Metropolregion Nürnberg e.V.“ durch ihre Mitgliedschaft in der „Allianz“ verletzt. Warum sind hier gesellschaftliche Organisationen Hand in Hand mit kommunalen Institutionen tätig, um das politische Engagement von Bürgern zu bewerten, von denen sie eigentlich selbst bewertet werden sollten?



Ein demokratischer Willensbildungsprozess verläuft von unten nach oben. In einer liberalen Demokratie sollten Kritiker, die sich demokratisch verhalten, nicht mit undemokratischen Mitteln bekämpft, benachteiligt oder gar gleichgeschaltet werden. Zuständig für die Bewertung von Parteien und Einzelpersonen ist allein das Bundesverfassungsgericht und bei Vereinen das Bundesverwaltungsgericht. Kommunen dürfen sich nur um „Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft“ kümmern. Selbst der Verfassungsschutz hält sich vor Wahlen mit öffentlichen Bewertungen zurück.



Interview mit Stephan Doll von der Allianz gegen Rechtsextremismus



Der Vorsitzende der „Allianz“ in einem Interview auf YouTube: <http://www.youtube.com/watch?v=Hj5yZwS8Xao>

Der bayerische Verwaltungsgerichtshof hat 2024 im Falle Nürnbergs sogar die Verletzung der Neutralitätspflicht der Verwaltung und damit eines fundamentalen demokratischen Rechts durch die Mitgliedschaft der Stadt in der „Allianz“ festgestellt. Um wieviel größer ist dieser Schaden für die Demokratie als der durch einzelne undemokratische Trittbrettfahrer in allen parlamentarischen Parteien? Schließlich sollte die Demokratie „Heimstatt aller Bürger“ sein, indem die Verwaltung von allen gleichermaßen als vertrauensvoll angesehen werden kann und keine Partei im Wettbewerb benachteiligt wird.

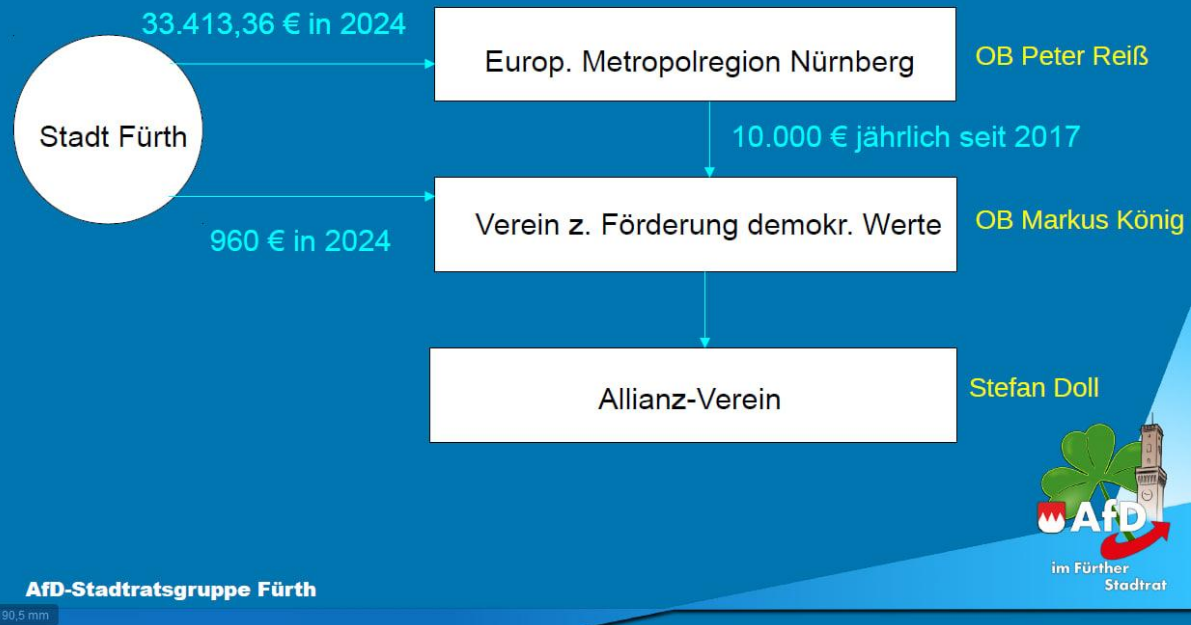
MITGLIEDER

Derzeit gehören 165 Städte, Gemeinden und Landkreise sowie 322 zivilgesellschaftliche Organisationen und Institutionen dem Netzwerk an und die Mitgliederzahlen wachsen kontinuierlich.

Auszug aus der „Allianz“-Seite <https://www.allianz-gegen-rechtsextremismus.de/allianz/allianz>



Metropolregion und Allianz



Anfrage-Ergebnis der AfD-Gruppe im Fürther Stadtrat: <https://stadtrat.fuerth.de/vo0050.asp?kvonr=64063>

DAS HÖCHSTE ORGAN DER ALLIANZ!

Die Mitgliederversammlung der Allianz findet einmal im Jahr statt.

Für Sie als Mitglied der Allianz, ist die Mitgliederversammlung eine tolle Gelegenheit, sich aktiv einzubringen, sich über die Aktivitäten der Allianz zu informieren, eigene Vorschläge einzubringen und alle zwei Jahre die Zusammensetzung des Vorstands und des Koordinierungsgremiums zu bestimmen.

Mitmachen lohnt sich!

Die Mitgliederversammlung ist schriftlich mit einer Frist von mindestens vier Wochen unter Angabe der Tagesordnung durch den/die Vorsitzende*n einzuberufen.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung findet statt, wenn dies mindestens ein Fünftel der Mitglieder unter Angabe der Gründe verlangt. Außerordentliche Mitgliederversammlungen können mit einer Frist von zwei Wochen einberufen werden.

Den Ort der Mitgliederversammlung und die Tagesordnung legt der Vorstand in Absprache mit dem Koordinierungsgremium fest.

Die Mitgliederversammlung trifft die in der Satzung genannten sowie alle anderen für die Allianz gegen Rechtsextremismus grundlegenden Entscheidungen.

HIER GEHT'S ZU DEN MV'S DER LETZTEN JAHRE

2022 Mitgliederversammlung, Hybrid aus Nürnberg

2021 Mitgliederversammlung, Digital

2020 Mitgliederversammlung, Hybride Veranstaltung

2019 Mitgliederversammlung, Nürnberg

2018 Mitgliederversammlung, Bamberg

Auszug aus der „Allianz“-Seite <https://www.allianz-gegen-rechtsextremismus.de/allianz/mitgliederversammlungen>



2. Offene Fragen

1. Welche Gelder fließen insgesamt von welchen Organisationen an die „Allianz“ und sind diese dann noch „gemeinnützig“?
2. Welche materielle und ideelle Unterstützung erfährt sie darüber hinaus?
3. Wie sieht ihre demokratische Kontrolle aus? Warum sind die Protokolle ihrer Mitgliederversammlungen mit Stand Juni 2025 nur bis zum Jahr 2022 veröffentlicht?
4. Welchen Einfluß haben die Mitglieder auf die Ausrichtung ihrer Arbeit? Was wurde getan, um sie gegen jeden Extremismus auszurichten und welche Reaktionen gab es darauf?
5. Wie findet eine Qualitätskontrolle ihrer Arbeit statt? (z.B. Zieldefinition, Besucherzahlen von Veranstaltungen, Rückgang von Extremisten oder extremistischen Aktivitäten in der Region, Erreichung von potenziellen Extremismus-Aussteigern)
6. Welche Verbindungen hat sie zu „antifaschistischen“ Gruppierungen, die vom Verfassungsschutz als linksextrem eingestuft werden?
7. Wie real ist die Gefahr, daß rechts- oder linksextreme Ansichten in der Metropolregion Nürnberg über ein Randphänomen hinauswachsen?
8. Wieso sind Kommunen in einer Organisation, die bei Asyl und Migration diametral andere Positionen vertritt als ihre eigenen Spitzenverbände?

3. Alternativen

Die Partizipationsfreiheit - also die Freiwilligkeit der Mitwirkung - macht es unseren Parteien zur Aufgabe, selbst von der Demokratie zu überzeugen. Dies ist ein Ansporn, im Sinne des Volkes zu handeln und vor allem durch Argumente Zustimmung zu gewinnen. Die Parteien sollten daher wieder mehr Vertrauen in ihre eigene Überzeugungskraft, die Integration von Meinungsvielfalt und die Urteilsfähigkeit der Wähler setzen!

Eine positive Alternative zum Extremismus und zur Spaltung der Gesellschaft überzeugt durch mehr direkte Demokratie sowie offene und breite Möglichkeiten der freien Debatte. Unterstützt und gefördert werden könnten dafür überparteiliche Veranstaltungen zu den aktuellsten umstrittenen Themen, bei denen gegensätzliche Standpunkte vorgestellt und diskutiert werden. Hier sollten auch politische Ränder Anregungen geben können und so möglichst viele Bürger in die Demokratie integriert werden, statt sie einzuschüchtern und in die Arme von Extremisten zu treiben.

Viele Wähler haben mehr Interesse an einer solchen anregenden und offenen Diskussion, statt in Sonntagsreden bereits von vorneherein erwartbare Inhalte mit selbstverständlichen Allgemeinplätzen präsentiert zu bekommen. Volkshochschulen, Kirchen, der gemeinnützige Verein „[Mehr Demokratie](#)“, die „[Bundeszentrale für politische Bildung](#)“ oder Unternehmer-Vereinigungen wie zuletzt in Langenzenn und Stein, könnten hier tätig sein. Demokratie lebt von Kritik. Sie überzeugt in gewinnender Praxis und nicht als Kampfbegriff gegen Andersdenkende oder politisches Geschäftsmodell, für das man Extremisten sogar erst braucht.

Vor allem aber gilt: **„Demokraten erkennt man an den Taten!“**



4. Fazit

Eine Mitgliedschaft von Kommunen in dieser „Allianz gegen Rechtsextremismus“ ist widersinnig, kontraproduktiv und demokratiefeindlich, weil

1. jedem Bürger die Neutralität der Verwaltung zusteht
2. die Chancengleichheit der Parteien zu gewährleisten ist
3. die Kommunen nur Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft regeln dürfen
4. Staat und Gesellschaft sowie Politik und Weltanschauung zu trennen sind
5. der bayerische Verfassungsschutz mehr andere Extremisten zählt
6. geregelte Einwanderung nicht rechtsextrem, sondern im Interesse der Kommunen ist
7. eine offene und breite Debattenkultur besser gegen Extremismus wirkt.

5. Hintergrund-Infos

- Urteil des BayVGh gegen die Stadt Nürnberg:
https://vgh.bayern.de/mam/gerichte/bayvgh/presse/4_b_23.2005.pdf
- Das Portal „kommunal.de“ zum o.g. Urteil: <https://kommunal.de/neutralitaetspflicht-stadt-muss-allianz-gegen-rechtsextremismus-verlassen>
- Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages zum Neutralitätsgebot:
<https://www.bundestag.de/resource/blob/962724/ef173d35aed44d843a6543628c229e6e/WD-3-085-23-pdf-data.pdf> (<https://tinyurl.com/btg-neutralitaetspflicht>)
- Antrag der Fürther AfD-Kreistagsfraktion zur „Allianz gegen Rechtsextremismus“:
<https://buergerinfo-landkreis-fuerth.digitalfabrix.de/getfile.asp?id=563720&type=do>
- Beschlussvorlage der Verwaltung des Landkreis Fürth zum obigen Antrag:
<https://buergerinfo-landkreis-fuerth.digitalfabrix.de/getfile.asp?id=564520&type=do>
- Antrag der AfD-Bundestagsfraktion zu parteipolitisch agierenden NGOs:
<https://afdbundestag.de/keine-steuermittel-fuer-parteilpolitische-ngos/>
- Literatur:
Björn Harms: „Der NGO-Komplex“, LMV. 2025
Michael Grandt: „Staatsgeheimnis NGO-Finanzierung“, Kopp, 2025



Alle Links Online

Ein Positionspapier von (bitte anklicken):



V.i.S.d.P.: Claus-Georg Pleyer, c/o AfD-Fraktion LRA Fürth, Im Pinderpark 2, 90513 Zirndorf (Bildquellen unter den Abbildungen) Stand: 06/25

